

Bürger fragen, Kandidaten antworten: „Abgeordnetenwatch“ zur Wahl am 22. Mai freigeschaltet

Transparenz auf Internet-Art

Bremen - Von Thomas Kuzaj: Transparenz ist gefragt – Transparenz im Sinne der Internetgeneration, die an die Möglichkeit der unbeschränkten Verfügbarkeit von Informationen glaubt. Mit dem Begriff Transparenz wirbt der Verein „Parlamentwatch“ für sein Internetportal „Abgeordnetenwatch“.



Transparenz per Computer – „Abgeordnetenwatch“-Manager Gregor Hackmack.

Dort wurde gestern eine Seite für die Bremer Bürgerschaftswahl (22. Mai) freigeschaltet. Die Idee: Wähler können Kandidaten für das Landesparlament online und öffentlich befragen.

„Wir konnten bislang 270 Kandidaten ausfindig machen“, formuliert „Abgeordnetenwatch“-Manager Gregor Hackmack. Für jeden Kandidaten gibt es eine Profiseite mit rudimentären Angaben zu Geburtsjahr, Beruf, Wohnort – Kandidaten, die sich ausführlicher präsentieren wollen, müssen dafür bezahlen.

Die Hauptsache aber ist ohnehin eine Formularfunktion. Über sie können Bürger ihre Fragen direkt an die Kandidaten richten. Deren Antworten erscheinen dann auch auf „Abgeordnetenwatch“. Die Fixierung auf die Kandidaten erscheint mit Blick auf das neue und stark personalisierte Bremer Wahlrecht nicht unsinnig.

Für Fragen wie Antworten gilt ein „Moderations-Codex“. Nicht freigeschaltet werden beispielsweise „Beiträge mit Beleidigungen, Beschimpfungen und menschenverachtenden Formulierungen“, „Fragen zum Privatleben“ und „Beiträge, die Gewalttätigkeit, Rassismus, Sexismus sowie politische und religiöse Verfolgung vertreten oder deren Opfer missachten und verhöhnen“.

„Bei Kandidaten von Extremparteien wird genau geschaut“, so Hackmack. „Bei drei Verstößen behalten wir uns vor, den Kandidaten zu deaktivieren.“ Auf der Internetseite, versteht sich. Dies ist in anderen Bundesländern schon vorgekommen. Gerade die rechtsextreme NPD hat es sich offenbar zur Aufgabe gemacht, die Toleranzgrenzen von „Abgeordnetenwatch“ zu prüfen.

Weil die NDP dabei war, machte die SPD bei der ersten Bremer „Abgeordnetenwatch“-Runde mehrheitlich nicht mit. Dieses Mal wird das, nach gründlicher Diskussion, nicht mehr als so störend empfunden. „Es würde keiner mehr verstehen, wenn wir sagen, wir klinken uns da aus“, sagt der Sozialdemokrat Christian Weber. Als Bürgerschaftspräsident ist er Schirmherr von „Abgeordnetenwatch“ in Bremen. Zudem gehe es ja darum, das neue Bremer Wahlrecht bekanntzumachen. Weber: „Da ist mir jedes Mittel recht.“

Wer aber nutzt „Abgeordnetenwatch“? Vielleicht ist es für junge Menschen interessant, zumal ja auch 16-Jährige in Bremen nun wählen dürfen. 2007 hatte der damalige CDU-Spitzenkandidat Thomas Röwekamp mit 18 Fragen einen Spitzenwert. Jüngst, bei der Hamburg-Wahl, wurden dem späteren Wahlsieger Olaf Scholz (SPD) 57 Fragen gestellt. Ist das wenig, ist es viel?

Die Antworten der Kandidaten übrigens werden nicht gelöscht. Sie bleiben und sind auch später noch nachzulesen – wie zum Beispiel jene aus dem Jahr 2007. Das Internet vergisst eben nichts. Auch ein Aspekt der Netz-Transparenz.

WWW.

abgeordnetenwatch.de